

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/152

Bad Godesberg, den 11. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Sechs Jahre Ulbricht-Kauer Von selbst wird sie nicht fallen ...	30
2	Peinlich RHEINISCHER MERKUR als Interpret verletzter Mittelkeit	34
3	Aber, aber ! Dr. Erich Mende und die "soziale Marktwirtschaft"	43
4 - 6	Israel wirbt um Freunde im Mittelmeerraum Von unserem Korrespondenten in Israel, E.E. Palmon	137

* * *

Sechs Jahre Ulbricht-Mauer

Von selbst wird sie nicht fallen...

sp - In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 wurde sie errichtet - die Ulbricht-Mauer, jenes grau-schmutzige Monument einer Politik, die bis zum heutigen Tage starr und unerbittlich die Bewohner der Millionenstadt Berlin und uns täglich daran erinnert, daß unser Volk und unser Land gespalten leben muß. Zuerst sagte man, die Mauer werde der ganzen Welt ins Bewußtsein rufen, wie widernatürlich die Teilung Deutschlands ist. Daraus wurde oft gefolgert, das SED-Regime werde dem Druck der Weltmeinung nicht standhalten können...

Seither sind sechs Jahre vergangen. Die Mauer wurde befestigt und ausgebaut. Nur selten konnte sie nach schwierigen Verhandlungen durchlässig gemacht werden. Nach Ulbrichts Willen blieb die Mauer jene Barriere, an der sich zwei gesellschaftliche und politische Systeme auf deutschem Boden voneinander abgrenzen.

Schon vor einem Jahr feierte Ulbricht seine Mauer als "Bollwerk gegen die revanchistische und militaristische Politik der Bundesrepublik". Auch jetzt wieder wird die Mauer so genannt.

Aber auch in Ostberlin weiß man, daß keine noch so streng bewachte und undurchlässig gemachte Mauer die Deutschen wirklich voneinander trennt. Viele haben sich zwar an sie gewöhnt, aber viele Tausende durchschreiten sie, wenn sie ihre Freunde und Verwandten besuchen können. In diesen Augenblicken sprechen sie trotz der Mauer die gleiche Sprache, tauschen die gleichen Gedanken aus und empfinden sich als e i n e Familie, als e i n Volk.

Das wird so bleiben, auch, wenn nach Ulbrichts Willen die Mauer noch länger stehen sollte.

Kein Deutscher wird sich mit Ulbrichts Mauer abfinden. Immer werden die Deutschen - h i e r u n d d r ü b e n - nach Wegen suchen, die sie zueinander führen können. Auf diesen Wegen werden Illusionen beiseite geschoben werden müssen. Von selbst wird sie nicht fallen, die Mauer...

Peinlich

RHEINISCHER MERKUR als Interpret verletzter Eitelkeit

sp - Es gibt Zeitschriften und Zeitungen, die gelegentlich einen Artikel nur wegen eines einzigen Satzes veröffentlichen. Mit diesem Satz wollen sie Dampf ablassen. So hat jetzt die der CDU nicht fernstehende Wochenzeitschrift RHEINISCHER MERKUR die Ostpolitik der Bundesregierung unter Beschuß genommen und reibt sich an Sonderbotschafter Bahr. Da heißt es u.a.:

- * "Die Entsendung eines hochprotegierten und hochambitionierten Neulings nach Prag war gewiß ein schwerer taktischer Fehler. Bahr mußte um jeden Preis einen Erfolg mit nach Hause bringen, und die Tschechen wußten es."

Und um gleich ganze Arbeit zu machen wird auch der Außenminister "terminologischer Preisgaben" bezichtigt.

Jeden Staatsbürger steht es frei, die Politik der Bundesregierung zu kritisieren. Wenn jedoch eine nur scheinbar sachliche Kritik mit persönlichen Anrempelungen verbunden wird, wirkt das alles sehr peinlich.

Im Hintergrund dieses hauptsächlich auf zwei Personen gerichteten Angriffs steht das Unbehagen bestimmter Kreise in Bonn, die es nicht ertragen können, wenn bei schwierigen diplomatischen Verhandlungen Ergebnisse erzielt werden, um deren Erreichung man sich lange vergeblich bemüht hat. Wenn nach jahrelanger, in Routine und Protokoll erstarrter Bewegungslosigkeit jetzt ein wenig frischer Wind bemerkbar wird, wenn Laufbahndenken und Planarithmetic nicht als der Weisheit letzter Schluß angesehen werden, dann kommt die ganze Front ins Rutschen.

Die Bemühungen des Auswärtigen Amtes um eine Verbesserung und schließlich Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik auch zu ihren östlichen Nachbarn ergeben sich aus Text und Geist der Regierungserklärung der Regierung der Großen Koalition. Die Bundesrepublik Deutschland will einen konstruktiven Beitrag zur Entspannung und zur Vorbereitung einer gerechten Friedensordnung in Europa leisten. Diesem übergeordneten Ziel deutscher Politik sind Überlegungen unterzuordnen, die sich vielleicht aus verletzter Eitelkeit in dieser oder jener Amtsstube entwickelt haben mögen. Man wird schnell darüber hinwegkommen und jene, die sich zu Interpreten verletzter Eitelkeiten machen, werden bald merken, daß sie von gestern sind.

Aber, aber !

Dr. Erich Mende an die "soziale Marktwirtschaft"

sp - Dr. Erich Mende, Bundesvorsitzender der FDP, hat in einem Rundfunkvortrag die Bundesregierung und insbesondere den Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller vor "neosozialistischen Experimenten" gewarnt. Herr Mende gibt dem Bundeswirtschaftsminister die Schuld, wenn Unternehmer keine Investitionsfreudigkeit zeigen. Sie - die Unternehmer - würden durch Formulierungen wie "Soziale Symmetrie" und "Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer" schon gemacht. Nur der Unternehmer allein trage das ganze Risiko, nicht seine Mitarbeiter oder gar der Staat. Herr Mende sieht finster in die Zukunft, befürchtet die Einengung der Freiheit des Bürgers als Produzent und auch als Konsument und fordert den Bundeswirtschaftsminister zu "mehr Wahrheit und Klarheit" auf.

Dem Herrn Mende paßt also die ganze Richtung nicht. Das ist gut zu wissen und sollte nicht vergessen werden. Mit liberaler Unbefangenheit geht Herr Mende über die Tatsache hinweg, daß nach jahrelanger Beteiligung der FDP an der Bundesregierung und nach der bemerkenswerten Tätigkeit mehrerer freidemokratischer Bundesfinanzminister Finanzen und Wirtschaft der Bundesrepublik gewaltig ins Wanken geraten waren und daß just vor einem Jahre die Bankrotterklärung der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung erfolgen mußte.

Was seither geschehen ist, und was weiter auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik geschehen muß, ist der auf längere Fristen angelegte Versuch, alles das wieder in Ordnung zu bringen, was unter freidemokratischer Mitwirkung und Zustimmung in Unordnung geraten war. Wenn Herr Mende meint, Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller gefalle sich in immer neuen Formulierungen und mache damit "die Wirtschaft" kopfschau, dann muß ihm in den letzten Jahren einiges entgangen sein. Es gibt nämlich gar keine "neuen Formulierungen" Schillers. Die Vorstellungen des jetzigen Bundeswirtschaftsministers sind seit langem formuliert; man kann sie in zahlreichen Vorträgen nachlesen. Außerdem findet man sie in den Regierungs- und Aktionsprogrammen der SPD, sowie in den Beschlüssen der sozialdemokratischen Parteitage wieder.

Aber darüber mag man hinweggehen. Wenn Herr Mende jedoch meint, der Unternehmer trage in der Wirtschaft "allein" das ganze Risiko, nicht aber seine Mitarbeiter oder gar der Staat, dann ist es notwendig, einen solchen Irrtum zu berichtigen. Wenn uns nicht alles täuscht, hat "der Staat" gerade in den letzten Monaten manches zurechtücken müssen, was schon bedenkliche Schlagseite zeigte. Die Folgen einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik werden auch bei uns immer noch zu einem erheblichen Teil auf die Schultern von Lohn- und Gehaltsempfängern - meist auf dem Wege über Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit - abgewälzt. Wir haben noch nie gehört, daß irgend jemand seine Villa an der Costa Brava verkaufte, wenn die Kumpels an der Ruhr Feierschichten machen müßten...

Israel wirbt um Freunde im Mittelmeerraum

Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Palmon

Angesichts der Mauer der Feindseligkeit der arabischen Staaten hat Israel sich seit langem bemüht, mit den nichtarabischen Staaten des Mittelmeerraumes freundschaftliche Beziehungen aufzunehmen und damit die Blockade möglichst zu durchbrechen. Natürlich versuchte auch die andere Seite, die Mittelmeerstaaten für sich zu gewinnen, und so ergab sich zuweilen ein hartes diplomatisches Ringen.

Eines konnte Israel erreichen: Es unterhält mit allen Mittelmeerstaaten diplomatische Beziehungen, sowohl mit der Türkei als auch mit Griechenland, Zypern, Malta und selbstverständlich auch mit Italien. Dabei gibt es Abweichungen in Rang der diplomatischen Vertretungen. Die Türkei läßt sich seit der Sinai-Krise von 1956 in Israel nur durch einen Geschäftsträger vertreten. Sie besetzt den Posten jedoch immer mit einem Diplomaten, dem eigentlich Gesandtenrang zukommt. Griechenland hat Israel nur de facto anerkannt und läßt sich deswegen nur durch einen "diplomatischen Sonder-Repräsentanten" vertreten. Während jedoch die meisten westlichen Diplomaten in Tel Aviv stationiert sind, sitzt der Grieche in Jerusalem und wird deswegen dennoch nicht von den Arabern angegriffen. Es gibt eine israelische Botschaft in Nikosia, aber Zypern, das sich eine zeitlang durch einen "non resident"-Botschafter in Israel vertreten ließ, hat diesen Posten aus Ereparnisgründen gestrichen. Bei Malta, einem kleinen Staat, spielen finanzielle Gründe auch ihre Rolle, und zwischen Italien und Israel besteht seit langer Botschafteraustausch mit sehr aktiven Diplomaten auf beiden Seiten.

Das politische Ringen um die Mittelmeerstaaten wurde natürlich anlässlich des letzten Krieges besonders heftig. Die Türkei und Griechenland, die in den Vereinten Nationen immer mit den Arabern gestimmt hatten, gaben auch dieses Mal ihre Stimme für die von Israel bekämpfte jugoslawisch-indische Resolution ab, die sich für bedingungslosen Abzug der israelischen Truppen aussprach. Die Griechen motivierten ihre Haltung damit, daß sie wegen des Bestehens griechischer Auslandskolonien in Ägypten auf ihre eigenen Bürger Rücksicht nehmen müssen. Dabei waren die Griechen in Ägypten im letzten Jahrzehnt reichlich schlecht behandelt worden, und viele von ihnen hatten den Staat Nassers verlassen, weil man ihre Fabriken und Geschäfte nationalisiert hatte. Aber das alte Argument wird weiter gebraucht.

Die Türkei, als moslemischer Staat, beruft sich auf eine gewisse araberfreundliche Tradition, zugleich gab Ankara jedoch eine Erklärung ab (sehr zum Mißvergnügen der Araber), daß die Türkei im Nahost-Konflikt neutral bleiben wolle. Der türkische Außenminister empfing den israelischen Geschäftsträger und versicherte

ihn, daß Ankara im Sinne der Neutralität weiter an regulären Beziehungen zu Israel interessiert sei. Eine Delegation der Histadruth, der Zentralgewerkschaft Israels, besuchte die Türkei und wurde von den Vertretern der türkischen Gewerkschaften sehr freundlich aufgenommen, die im Gegensatz zu ihrer Regierung proisraelische Sympathien zeigte. Die Gewerkschaften setzten es durch, daß der Führer der israelischen Delegation vom Außenminister empfangen wurde, und dieser versicherte nochmals, die Türkei wolle absolut neutral bleiben.

Malta verhielt sich während der UN-Tagung echt neutral, und Israel hatte gegen dieses Land nichts einzuwenden, dagegen gab es eine kritische Zuspitzung in den Beziehungen zu Zypern. Erzbischof Makarios unterhält noch aus den Tagen seines Untergrundkampfes freundschaftliche Beziehungen zu Nasser. "Sein Herz ist in Kairo", wenn er auch aus wohlwollenden Vernunftgründen, heißt es, korrekte Beziehungen zu Israel unterhält. Noch mehr ist das Herz des zyprischen Delegierten bei den Vereinten Nationen, Rossides, in Kairo. Schon bei früheren Gelegenheiten hatte sich Israel darüber beschwert, daß er eine einseitige proarabische Haltung eingenommen hatte.

Diese kam besonders auf der letzten UEO-Vollversammlung zum Ausdruck, denn in seiner Rede griff er nicht nur Israel als "Aggressor" an, sondern bezweifelte überhaupt die Existenzberechtigung des jüdischen Staates. Natürlich stimmte er auch für die antiisraelische Resolution.

Israel beschwerte sich daraufhin bitter bei Zypern über das Verhalten von Rossides, und Ministerpräsident Eschkol entsandte seinen Berater Professor Jadin (den früheren Generalstabschef) zu einer Aussprache mit Erzbischof Makarios, die "freundschaftlich" verlaufen sein soll. Der Erzbischof gab zu, daß Rossides weit über das Ziel hinaus geschossen war, und er deutete an, daß er vielleicht versuchen wolle, zwischen Nasser und Israel zu vermitteln.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern, die schon seit dem Bürgerkrieg in Zypern getrübt sind (die Griechen hatten damals behauptet, Israel habe die türkische Minderheit unterstützt), wurden jedoch nicht besser. Die Israelis, die in früheren Jahren in Mengen im Sommer nach Zypern gefahren waren, sahen von Besuch der Insel ab, und der Verband der israelischen Reisebüros lehnte es ab, Gesellschaftsreisen "wegen der israel-feindlichen Haltung" Zyperns zu organisieren. Die Leidtragenden sind die Hotelbesitzer in Zypern, die den Verlust in dieser Sommersaison auf drei Millionen Dollar schätzen. Die bestürmten ihre Regierung und wollten eine Delegation "zur Aufklärung der Mißverständnisse" nach Israel entsenden, aber ohne eine weitgehende Änderung der Haltung der Regierung von Nikosia und ohne Auswechslung des UNO-Delegierten Rossides ist kaum eine Besserung der Beziehungen zu erwarten.

Eine für Israel sehr günstige Änderung ist dagegen in der Haltung der italienischen Regierung eingetreten. Außenminister Amintore Fanfani, der immer proarabische Neigungen gezeigt und vor einigen Monaten auch mehrere arabische Länder besucht hatte, wollte auch jetzt einen mehr zu den Arabern neigenden Kurs steuern. Dabei spielten auch die Öl-Interessen des italienischen ENI-Konzerns in den arabischen Ländern eine gewisse Rolle. Fanfanis Haltung wurde jedoch von der sozialistischen Partei heftig kritisiert, deren Führer Nenni sich eindeutig zu Israel bekannte. Auch in der Partei der christlichen Demokraten gab es fast eine Rebellion, und Ministerpräsident Aldo Moro sorgte für eine Revision der Haltung der Regierung, ohne seinen Außenminister zu opfern. Er gab im Parlament eine Erklärung ab, die in Israel als sehr verständnisvoll empfunden wurde, und auf der UNO-Tagung stimmte Italien gegen die antiisraelische Resolution und für den von Amerika unterstützten lateinamerikanischen Antrag.

Israel ist jetzt noch mit einem weiteren "Mittelmeer-Faktor", dem Vatikan, im Gespräch. Die Katholische Kirche hat Israel bis heute nicht anerkannt, weil sie seit 1948 an der Internationalisierung der heiligen Stadt Jerusalem festhält. Nachdem israelische Truppen den Ostteil Jerusalems und Bethleem besetzt hatten, nahm Israel sofort mit dem Vatikan Kontakt auf, um der Katholischen Kirche Versicherungen hinsichtlich des freien Zuganges zu den heiligen Stätten zu geben. Der israelische Botschafter in Rom, Avriel, wurde zum ersten Male vom Papst empfangen, und der Papst entsandte einen Sonderdelegierten, Kagr. Felici, nach Israel, der von der Regierung Israels freundlichst empfangen wurde und Gelegenheit hatte, alle heiligen Stätten zu besuchen.

Die israelischen Stellen möchten mit dem Vatikan zu einem Abkommen gelangen, das Sicherung der Aufsicht der Kirchen über die heiligen Stätten vorsieht (wobei vielleicht sogar daran gedacht wird, diesen exterritorialen Status zu gewähren). Der Papst kann sich jedoch mit Rücksicht auf die Verbindungen der Kirche mit den orientalischen Ländern nicht leicht zu einer Einigung mit Israel entschließen, die ihm natürlich Opposition seitens der Araber eintragen würde. Daher wollte er den ganzen Komplex mit dem Patriarchen der Ostkirche Athenagoras bei seinem Besuch in der Türkei erörtern.

Unabhängig davon sind die Beziehungen zwischen dem Vatikan und Israel jedoch besser als je, und die "politischen Stellen" der Kurie bemühen sich durchaus, Verständnis für die gewandelte Situation im Orient zu zeigen. Die Regierung Israels ihrerseits will sofort alles tun, um den Bekennern sämtlicher Religionen ungehinderten Zugang zu allen heiligen Stätten zu geben und versichert immer wieder, "daß das Regime der Diskriminierung, das unter den Jordaniern bestanden hatte, nunmehr sein Ende gefunden hat".